

Lokal-Anzeiger

Nr 201

Zentral-Organ für

die Reichshauptstadt

Bezugs-Bedingungen und Anzeigen-Preise

(sind in der Morgen-Ausgabe angegeben)

47. Jahrgang

Verantwortlich: für Groß-Berlin nur Amt Dönhoff 4106 bis 4148; für den ausserörtlichen Vertrieb nur Amt Dönhoff 4100 bis 4104 — für unentgeltlich eingehende Manuskripte übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung

Die Kommunisten-Hezke zum 1. Mai.

Denkmalschändungen als Agitation.

In der Nacht zum Sonntag entfalteten die Kommunisten eine rege Agitationstätigkeit. An verschiedenen Stellen der Stadt wurden die Bürgersteige mit Aufschriften in roter Farbe beschriftet. Western morgen setzte die kommunistische Haus- und Hofagitation schon sehr frühzeitig ein, immer wurde die Forderung nach Freigabe der Straßen am 1. Mai gestellt. In zahlreichen Fällen mußte Polizei einschreiten und die Agitatoren zum Verlassen der Höfe zwingen. Kommunistische Schmierfinken haben das Denkmal Kaiser Friedrichs auf dem Luisenplatz in Charlottenburg und das Denkmal Kaiser Wilhelms I auf dem Trianaplatz in Weissenhof mit roter Anilinfarbe bemalt. In beiden Fällen konnten die Täter unerkannt entkommen. Häufig wurden die „Klebe- und Waffolonen“ durch Radfahrer gestreut. Im Norden Berlins wurden die Anschlagstulen mit Plakaten besetzt, die auf die Demonstration am 1. Mai hinwiesen. In der Gleimstraße überfielen zwei Kommunisten einen Bürger, der friedlich nach Hause ging, schlugen ihn zu Boden und mißhandelten ihn derartig, daß er von einer Polizei-Autoschleife zur nächsten Rettungsstelle gebracht werden mußte. Im ganzen sind im Laufe des gestrigen Tages 86 Personen zwangs-gestellt worden.

Europa braucht Ruhe!

Auch Paris verbietet jede Kundgebung. Drahtbericht unseres Korrespondenten. v. H. Paris, 29. April. Im Hinblick auf den 1. Mai sind gestern im Innenministerium eine Rücksprache statt, an der außer dem Minister Lardieu die leitenden Herren der Pariser Polizeibehörden und der Platzkommandant, General Simon, teilnahmen. Es wurde beschlossen, jeden Umzug und jede Kundgebung

zu verbieten. Gegen Aufseher und Saboteure soll mit äußerster Energie vorgegangen werden. Ausländer, die sich an irgendwelchen Demonstrationen beteiligen, werden sofort verhaftet und straflos über die Grenze geschickt. Die Pariser Polizei wird durch die Republikanische Garde verstärkt. Auch die in Paris garnisonierenden Truppen stehen dem Polizeipräsidenten zur Verfügung.

Die Warschauer Kommunifenzentrale ausgehoben.

Telegraphische Meldung. TU. Warschau, 29. April. Wie die Presse berichtet, soll die hiesige Polizei das Zentral-Komitee der kommunistischen Partei während einer Sitzung ausgehoben und eine ganze Reihe führender Persönlichkeiten verhaftet haben. Im ganzen seien etwa zehn Zentner Aufrufe für den 1. Mai und anderes Werbematerial beschlagnahmt worden. Am 1. Mai wird ein Polizeiaufgebot von 2500 Mann in den Straßen Warschaus für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sorgen.

Danzig verbietet sich. Hölzens „Besuch“.

Telegraphische Meldung. Mt. Danzig, 29. April. Das Polizeipräsidentium hat, wie wir hören, jede Teilnahme des deutschen Kommunifenzührers Hölz an Mairverfammlungen in Danzig verboten. Hölz wird, falls er ergriffen wird, über die Grenze abgehoben und jede Verfammlungen, an der er teilnimmt, aufgelöst. Der Polizeipräsident begründet das Verbot mit der staatsfeindlichen Propaganda des Hölz und ferner mit dem Hinweis, daß überall da, wo Hölz in letzter Zeit aufgetreten sei, die Ruhe und Ordnung empfindlich gefährdet worden seien.

in Oberösterreich und in Graz. Dort, wo die Sozialdemokratie ihren Verstand an Mandaten vergrößern konnte, war dies nur möglich durch die immer ärger werdende Zersplitterung der nichtmarxistischen Parteien. Bei den Tiroler Landtagswahlen konnten von zehn Parteien, die in den Wahlkampf gegangen waren, überhaupt nur vier Parteien Mandate erzwingen, während die übrigen sechs völlig leer ausgingen und nicht ein einziges Mandat erlangen konnten.

Auf der Grenzlinie erschossen.

Blutiger Zwischenfall an der österreichisch-slowakischen Grenze. Drahtbericht unseres Korrespondenten. v. Wien, 29. April. Am gestrigen Sonntag hat sich an der slowakischen Grenze bei Leutschach ein blutiger Grenzverstoß ereignet. Das ehemalige Mitglied der Stupischina, Abgeordneter Professor Chimowitz, ein slowakischer Student namens Javoritsch, die über die österreichische Grenze fliehen wollten, wurden von slowakischen Grenzposten erschossen. Die beiden Flüchtlinge waren in Agam verhaftet worden, da sie im Verdacht standen, kommunistische Druckschriften zu verbreiten. Sie wurden unter Bedrohung an die österreichische Grenze gebracht, wo ihnen Angaben nach Druckschriften verdeckt sein sollten. Während die Polizeibeamten danach suchten, gelang es den beiden, zunächst zu entkommen. Ein Grenzmann erlitt ihnen nach und feuerte auf sie, gerade in dem Augenblick, als sie die Grenze überschreiten wollten. Sie brachen tödlich getroffen auf der Grenzlinie zusammen.

v. Wien, 29. April. Wie aus Belgrad gemeldet wird, ist dort der Generalkonsul des serbischen Heeres im Weltkrieg, Gjevan Gjevanovic, gestorben. Der General hatte sich schon bei der Belagerung von Vornjowep im Balkankrieg hervorgetan.

Schachts Berliner Besprechungen.

Wie kann die Reichskasse aus ihrer Geldnot erlöst werden?

Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hatte im Laufe des heutigen Vormittages Besprechungen mit einigen Mitgliedern des Reichsbankdirektoriums, die, wie man annehmen darf, der Vorbereitung der am Dienstag und Mittwoch stattfindenden Generalratsitzung der Reichsbank dienen. Diese Generalratsitzungen finden bekanntlich regelmäßig statt, bedeuten also nichts Besonderes, wie es auch eine Selbstverständlichkeit ist, daß an diesen Sitzungen der Präsident der Reichsbank teilnimmt. Dr. Schacht wird im übrigen im Verlauf des heutigen Tages dem sogenannten Reparations-Ausschuß des Reichskabinetts, also dem Reichsfinanzminister, dem Außen- und dem Wirtschaftswissenschaftler, einen Bericht über die letzten Ereignisse in Paris erstatten, um die Reichsregierung über die Lage der Sachverständigen-Beratungen zu unterrichten.

Die in der französischen und franco-amerikanischen (also der in Paris erscheinenden amerikanischen) Presse aufgetauchten Vermutungen über ein neues deutsches Angebot werden bisher von deutscher zuständiger Stelle nicht bestätigt.

Wenn es sich auch bei den Besprechungen zwischen Dr. Schacht und der Reichsregierung, wie von zuständiger Stelle betont wird, lediglich um eine Berichterstattung Schachts über den Verlauf der letzten Pariser Vorgänge handelt, so kommt ihnen angesichts der politischen Gesamtlage doch unabweisbar erhöhte Bedeutung zu. Auch die Kassenlage des Reiches dürfte bei dieser Gelegenheit erörtert worden sein. Nach dem Devisennotstand von 170 Millionen Mark, den die Reichsregierung von den Großbanken im Laufe der Vorwoche erhalten hat, sind vom Reichsfinanzministerium — wie wir ebenfalls bereits berichtet haben — Erwägungen eingeleitet worden, auf welche Weise die in der Hand der Reichsregierung befindlichen Vermögenswerte, vor allem etwa für 200 Millionen Mark Reichsbahnobligationsaktien, zur Ueberwindung der Schwierigkeiten in der Reichskasse verwendet werden könnten. Denn beim Ablauf der Kreditfrist am Ultimo Juli muß natürlich für den Vermittlungsbedarf des Reiches nach einem neuen Auswege gesucht werden. Hierbei denkt man u. a. auch an die Aufhebung der von den Spartakassen und auch von den Kran-

kenkassen und ähnlichen Instituten aufgespeicherten Goldreserven. Es wird erwoogen, alle diese Institute irgendwie, evtl. durch gezielte Maßnahmen, zu veranlassen, einen Teil ihrer Goldbestände dem Reiche zur Verfügung zu stellen.

Die Sicherheit der deutschen Währung.

Drahtbericht unseres Hollanddieners. v. Amsterdam, 29. April. Die niederländische Presse beschäftigt sich in langen Ausführungen mit der Position der Reichsmark. Ueberstimmend führen die Blätter aus, daß eine neue Inflationsgefahr für die Mark nicht bestehe. Der Telegraaf stellt fest, daß alle Manöver gegen die Mark von vornherein zum Scheitern verurteilt sind. Keine Währung sei besser geschützt als die deutsche. Die Verluste der Reichsbank an Auslandswechseln seien durchaus nicht ungewöhnlich. Sie seien nicht größer als die Beträge, die die Niederländische Bank abgegeben habe, und diesen durchaus hinter den Summen zurück, wie sie in den Jahren nach der Stabilisierung zur Stärkung der Markposition aufgebracht wurden. Es könne keine Rede davon sein, daß amerikanische und englische Bankier zur Zeit systematisch ihre Gelder in Deutschland einschränken würden. Eher sei das Gegenteil der Fall. Ein bekannter Finanzmann der City äußerte sich gegenüber dem Vertreter von Allgemeinem Handelsklub über die Position der Mark im Falle des Scheiterns der Reparationskonferenz wie folgt: Nach allem, was internationale Zusammenarbeit auf währungsrechtlichem Gebiet aufgebaut hat, ist

Rückfall in die Zeiten der Inflation nicht mehr möglich.

Selbst wenn eine Zeitlang weitere Auslandsanleihen an Deutschland ausbleiben und die Transferklausel in Kraft gesetzt werden muß, so ist doch die Zahlung der privaten Finanz- und Handelskrediten Deutschlands in vollem Goldwert um so mehr verbürgt, als der Druck der Daweszahlungen auf die Wechselkurse in Berlin dann eine sehr erhebliche Verminderung erfährt. Aus allen diesen Gründen muß Deutschland weitere Privatkredite erhalten, und zwar nicht nur im Interesse des Reiches selbst, sondern auch in dem des europäischen Wiederaufbaues.

Zwischenfälle in Oppeln.

Im Anschluß an eine polnische Opernaufführung.

Drahtbericht unseres Korrespondenten.

v. Oppeln, 29. April. Im Oppelner Stadttheater wurde gestern nachmittag von der polnischen Oper aus Kattowitz die Nationaloper „Halka“ aufgeführt. Ein lebhafter Meinungsaustausch in Bürgerhaft und Presse vor der Aufführung vorangegangen. Nach Beendigung des ersten Aktes der Oper kam es zu Zwischenfällen: Es wurden Stinkbomben unter die Besucher gemorfen. Nachdem die Stinkbomben durch die Polizei entfernt waren, konnte die Vorstellung ohne weitere Zwischenfälle beendet werden. Eine große Menschenmenge, die sich am späten Nachmittag am dem Ring ansammelt hatte, wurde von der Polizei abgedrängt. Vor dem Bahnhof kam es zwischen einer Anzahl Jugendlicher und den polnischen Theatermitgliedern zu Zusammenstößen. Mehrere Polen wurden hierbei leicht verletzt. Die Polizei griff ein und nahm mehrere Personen fest. Bahnpolizei, Beamte begleiteten dann den Zug, in dem die Polen saßen, mehrere Stationen weit, um eine Wiederholung von Zwischenfällen zu verhindern. Nach einer Meldung der amtlichen polnischen Telegramenagentur soll sich unter dem Bahnhof Verleihen auch der polnische Generalkonsul in Oppeln, befunden haben. Hieron ist an amt-

licher Stelle nichts bekannt. Die Kattowitzer Polonia feiert in ihrer Meldung das mustergültige Verhalten der deutschen Polizei hervor. Die Vorfälle werden erklärt, wenn man weiß, daß Oppeln der Sitz des Polenbundes ist, dessen Organ, die Nowiny Cchiennie, den polnischen Standpunkt mit äußerster Schärfe und ohne jede Rücksicht auf die deutsche Mehrheit vertritt.

v. Warschau, 29. April. Die Zwischenfälle in Oppeln anlässlich der Aufführung der polnischen Oper „Halka“ veranlassen die polnische Presse in heftiger Empörung, was besonders schon in den Ueberhöfen, den zum Ausbruch kommt. Es wird in den Artikeln von „barbarischen Exzessen“, „Ercheinung einer Verrohung und Entartung dieses Teils der deutschen Gesellschaft“ gesprochen, der unter Führung nationalistischer Kreise liege.

Der deutsche Bevollmächtigte für die deutsche polnischen Handelsverhandlungen, Reichsminister a. D. Dr. Herms, ist wieder in Warschau eingetroffen. Den Hauptgegenstand der neuen Besprechungen sollen Veterinärfragen und mit ihnen zusammenhängende Fragen des Fleisch- und Schweineexportes nach Deutschland bilden.

Koalitionskabinet in Dänemark.

Drahtbericht unseres Korrespondenten. n. Kopenhagen, 29. April. Die neue Ministerliste bedeutet eine Ueberraschung. Seit vielen Jahren tritt zum ersten Mal eine Koalitionregierung in Dänemark in Erscheinung, die aus Sozialdemokraten und Bürgerlichradikalen (Demokraten) besteht und eine beträchtliche Mehrheit im Folkething hinter sich hat. Chef der Regierung ist Stauning. Drei Bürgerlichradikale sind von ihm in das Kabinett aufgenommen worden; sie haben die Ressorts des Justizministeriums, des Innen- und der Justiz erhalten. Außenminister wird Dr. Munch, der während der beiden bürgerlichradikalen Kabinette hohes Kriegsminister war. Zahl selbst kehrt als Justizminister wieder in den aktiven politischen Dienst zurück. Er gehörte während der letzten Zeit nicht dem Folkething, sondern dem Landthing an. Innenminister wurde Daaghgaard, der bisher noch nicht Minister war. Die übrigen Minister sind Sozialdemokraten, also Parteigenossen Staunings.

Landtagswahlen in Tirol.

Drahtbericht unseres Korrespondenten. v. Wien, 29. April. Gestern fanden in Innsbruck Ergänzungswahlen in den Gemeinderat und im übrigen Lande Tirol allgemeine Wahlen zum Landtag statt. Im neuen Tiroler Landtag werden die antikommunistischen Parteien 31 Sitze gegenüber 9 sozialdemokratischen Mandatären haben. Im früheren Landtag war das Verhältnis 32 zu 8. Aus dem Innsbrucker Gemeinderat waren ausgeschieden 6 Christlich-Sozial-, 8 Sozialdemokraten-, 5 Großdeutsche- und 1 Nationalsozialist. An deren Stelle wurden gestern gewählt: 7 Christlich-Sozial-, 2 Sozialdemokraten- und 4 Großdeutsche. Die Lehre der Tiroler Wahlen ist genau dieselbe wie die der letzten Wahlen